

Die südslawische Frage.

Wien, 17. April 1918.

Der Zusammenbruch Rußlands hat die slawische Frage, soweit sie unmittelbar Europa berührt, in eine neue Richtung gedrängt. In Rußland haben die slawischen Randvölker den starken Rückhalt verloren, auf den sie sich bisher in ihrer politischen Entwicklung stützen konnten. Sie hatten die panslawistische Idee ebensowenig ernst genommen, wie das Russentum selbst sie nur als Mittel russischer Expansion betrachtet hatte. Bulgarien hat bereits seit Jahren daran gearbeitet, das Joch des russischen Protektorates abzuschütteln und die Serben dienten nur Rußland, um mit seiner Hilfe die Bulgaren niederzuringen, sich die Südslawen Oesterreich-Ungarns „anzugliedern“ und dann als Balkanvormacht Rußland entgegenzutreten. Die europäische Geschichte seit 1905 liefert den lückenlosen Beweis hierfür; auch der Neoslavismus war nichts anderes als die spanische Wand, hinter der alle slawischen Völker ihre Geschäfte auf Kosten der Verbündeten besorgen wollten.

Im zweiten Balkankriege brach diese seltsame politische Geschäftsfirma bereits zusammen und der Versuch Rußlands sowie der übrigbleibenden Teilhaber, sie durch den Weltkrieg wieder aufzurichten, war gründlich mißlungen. Mit dem Zusammenbruche Rußlands hat die slawische Frage ihren Charakter als Machtfrage verloren, umso eifriger hatten es aber deshalb die slawischen Randvölker damit, sie zu einer „Rechtsfrage“ zu machen, indem sie sich auf das „Selbstbestimmungsrecht“ der Völker berufen. Allein schon der alte Gegner hat einmal kurzweg gesagt, daß das böhmische Staatsrecht an sich „keine Wertesache“ sei, das heißt wertlos sei, wenn man nicht die Macht habe, es durchzusetzen. Dasselbe gilt von dem „Selbstbestimmungsrecht“ der Völker. Die Randvölker selbst wissen das ebenso gut und wenn sie mit diesem neuen „Recht“ kommen, so denken sie dabei daran, daß die Entente doch noch schließlich die Oberhand gewinnen und imstande sein werde, die slawische „Rechtsfrage“ wieder zu einer Machtfrage zu machen. Daß diese Machtfrage dann nur auf Kosten Oesterreich-Ungarns gelöst werden würde, hat Graf Pace in seiner Denkschrift „Zur Neuordnung Oesterreichs“ überzeugend nachgewiesen. Sämtliche „Deklarationen“, die die Tschechen und die Südslawen Oesterreichs im Jahre 1917 in dieser Hinsicht abgegeben haben, zielen auf die Vernichtung Oesterreichs ab. — Die Kriegslage berechtigt nun zu der Hoffnung, daß es dazu nicht kommen wird, damit aber entfällt keinesfalls die Verpflichtung, sich mit den slawischen Parteien auseinanderzusetzen. Wichtiger als die tschechische Frage ist schon aus geographischen und wirtschaftlichen Gründen die südslawische.

Wie man aus den Andeutungen des Grafen Czernin weiß, besteht für Oesterreich-Ungarn keine Veranlassung, serbisches Gebiet zu annektieren, soweit es sich nicht um rein militärische Sicherungen, besonders der Donaulinie, handelt. Serbien wird also bestehen bleiben und vielleicht mit Montenegro vereinigt werden, allein in Oesterreich-Ungarn selbst leben 6,8 Millionen (neben 2,9 Millionen außerhalb der Monarchie) Südslawen, die teils bereits in einem staatsrechtlichen Verbände vereinigt sind (Kroatien), teils starke staatliche Expansionsstendenzen aufweisen und der Umstand, daß sie an der einzigen Küste der Monarchie sitzen, um dort einerseits mit dem italienischen Element, andererseits aber mit dem ganzen österreichischen Adria hinterlande und dessen Lebensinteressen in Konkurrenz zu treten, zwingt Oesterreich und Ungarn, die bisherige Politik des „laissez faire“ in den südslawischen Dingen aufzugeben und zu einer festen Ordnung daselbst zu gelangen, zumal da nach dem Ende des Krieges auch die bosnische Verfassungsfrage wieder auf die Tagesordnung kommen wird.

Unter den südslawischen Parteien

Oesterreich-Ungarns lassen sich zur Zeit vier Richtungen feststellen. Die Starcevic-Partei (Kroatien) und sämtliche slowenische Parteien stehen auf dem Standpunkte, daß sämtliche von Südslawen bewohnten Länder zu einem selbständigen Staate vereinigt werden (Maidklärung 1917) und rechnen dazu außer Bosnien und Kroatien auch Serbien, Dalmatien, Fiume, Istrien, das Küstenland, Krain, Kärnten, Steiermark und Teile Südungarns; die kroatisch-serbische Koalition fordert die Vereinigung Dalmatiens und Bosniens mit Kroatien im Rahmen dessen bisheriger autonomen Stellung und ungefähr den gleichen Standpunkt nehmen die Kroaten Bosniens (Erzbischof Stadler) ein sowie auch die Frank-Partei (Kroatien), während die bosnischen Moslems sich mit der Vereinigung Bosniens mit Kroatien begnügen, die bosnischen Serben dagegen noch immer auf ein Großserbien hoffen, das unter den gegebenen Verhältnissen territorial mit dem in der Maidklärung geforderten südslawischen Staate zusammenfallen würde. — Von den die Monarchie bewohnenden Südslawen sind 2,7 Millionen Kroaten, 2,25 Millionen Serben, 0,65 Millionen Muselmanen und 1,25 Millionen Slowenen. Eine einheitliche Nation bilden diese Volksstämme nicht. Die slowenische Sprache ist nicht ein südslawischer Dialekt, sondern hat sich selbständig entwickelt und das von den Slowenen bewohnte Gebiet war niemals in irgendwelcher staatsrechtlichen Verbindung mit kroatischen oder serbischen Landschaften; Kroaten und Serben trennt aber nicht nur der konfessionelle Unterschied, sondern weit mehr noch der dadurch bedingte kulturelle zwischen Abendland und Byzanz. Wie ist es nun gekommen, daß Slowenen und Kroaten trotz alledem die Tendenz zeigen, sich staatsrechtlich mit den Serben zu vereinigen? Gewiß spielt die Neigung zu großen Staatenbildungen mit, allein im Grunde genommen ist die jugoslawische Idee nicht kroatisch oder slowenisch, sondern ist serbischen Ursprunges. Bereits in den Dreißigerjahren des vorigen Jahrhunderts wurde von serbischer Seite (Buk Karadzic) die Idee propagiert, alle einst dem Patriarchat von Spal unterstellten Gebiete zu einem großserbischen Staate zu vereinigen und an dieser Idee hatte sich unmittelbar auch der große Weltkrieg entzündet.

Politisch, kulturell und ethnographisch ist die südslawische Frage vielleicht die verwickelteste in Europa und die deutsche Literatur hatte bisher zu ihrer Aufhellung keine zusammenfassende Darstellung hervorgebracht. Diese schmerzlich empfundene Lücke füllt nun das gründliche Werk L. von Südländ*) aus. Es ist eine das gesamte Quellenmaterial erschöpfende Arbeit, die uns ein Bild des südslawischen Gesamtproblems übermittelt, und auf die Zeit der romanischen Herrschaft zurückgreifend die Geschichte der slawischen Siedlungen am Balkan zum Ausgangspunkte für die kritische Darstellung der politischen Entwicklung des Kroatentums und des Serbentums macht; keine Gelegenheitschrift, sondern eine wissenschaftliche Arbeit von nicht hoch genug anzuschlagendem Werte, deren Gehalt auch den positiven Vorschlägen des Verfassers über die Lösung des Problems die ernsteste Beachtung schert.

Die Befürworter der jugoslawischen Idee stehen einander mit derselben Unaufrichtigkeit gegenüber, mit der Russen und West- und Südslawen sich zur panslawistischen und neoslavistischen Idee bekant hatten: für jeden soll sie das Mittel zur eigenen Vorherrschaft werden. Die durchaus großserbisch orientierten Liberais Slowenen streben über die jugoslawische Idee einem Großserbien zu, während die klerikalen Slowenen in Verbin-

*) L. von Südländ: „Die südslawische Frage und der Weltkrieg“. Mit 3 Karten. Manzsche Hof- und Universitätsbuchhandlung, Wien 796 Seiten.

dung mit der Starcevic-Partei hoffen, in einem südslawischen Staate die Orthodogie und damit das Serbentum durch den Katholizismus zu überwinden. Der bisherige Verlauf der südslawischen Bewegung zeigt jedoch, daß diese Rechnung falsch ist. — Als die kroatisch-serbischen Einheitsbestrebungen die Fiumaner Resolution zugunsten des Triasimus gezeitigt hatte, zeigte es sich sofort, daß das Serbentum aber obenauf kam und die Führung an sich riß. Das Serbentum hat niemals den anderen Südslawen die politische Passivität zugestanden, sondern jederzeit im Interesse der eigenen Herrschaftsbestrebungen einerseits Deutsche und Magyaren und andererseits Slowenen und Kroaten gegeneinander ausgespielt. Als das politisch weitläufig beweglicher, gewissenlosere und in allen Anknüpfungen byzantinischer Politik beschlagene Element würde das Serbentum in einem jugoslawischen Staate nach dem Dafürhalten so genauer Kenner der Verhältnisse wie Szeffs von Bugrovic binnen kurzem die Herrschaft an sich reißen, Kroaten und Slowenen seinen Zwecken dienstbar machen und das österreichische „Joch“ abschütteln. Die Verwirklichung der jugoslawischen Idee auch im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie würde also die Losreißung des Südens von ihr und den Verlust der ganzen Meerestküste einleiten und daß sich dessen auch die serbischen Politiker bewußt sind, die wie Spalajkovic in Belgrad den Weltkrieg mit entzündet haben, geht daraus hervor, daß sie, die Todfeinde der Monarchie, heute wo die Bildung eines großserbischen Staates durch serbische Waffengewalt nicht mehr im Bereiche der Möglichkeit liegt, die Idee der Einverleibung des Königreiches Serbien in Oesterreich-Ungarn mit großem Nachdruck zu vertreten beginnen.

Demgegenüber tritt L. von Südländ für die Lösung der südslawischen Frage im durchaus kroatischen Sinne ein. Ebenso wie Graf Pace in seiner im Auftrage des Ausschusses für die österreichischen Adria-interessen verfaßten Denkschrift die dualistische Verfassung der Monarchie als etwas Gegebenes ansieht, an dem nicht gerüttelt werden dürfe, lehnt auch von Südländ jede staatsrechtliche Rekonstruktion ab und befürwortet die Vereinigung Bosniens und Dalmatiens mit Kroatien, weil sie einerseits nur in ihrer Vereinigung die ausreichende Möglichkeit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung finden, andererseits aber vereinigt, dem Kroatentume und damit der abendländischen Kultur die unbedingte Vorherrschaft sichern.

Zu demselben Ergebnisse gelangt eine von Deutschen Klub in Wien herausgegebene Denkschrift, die ebenfalls die Vereinigung dieser drei Länder befürwortet. Während diese Denkschrift jedoch empfiehlt, daß diese Vereinigung im Rahmen Ungarns erfolge, also das derzeit bereits autonome Königreich Kroatien durch Bosnien und Dalmatien vergrößert und die österreichischen Wirtschaftsinteressen daselbst vertragsmäßig gesichert werden, tritt von Südländ dafür ein, daß dieses Großkroatien als Kondominium Oesterreichs und Ungarns konstituiert werde, also ungefähr in die gegenwärtige staatsrechtliche Stellung Bosniens einrücken solle. — L. von Südländ stützt diese seine Auffassung mit sehr gewichtigen Gründen, die Hauptsache bleibt indessen wohl, daß die Deutschen und die Magyaren sich grundsätzlich über die Frage der Vereinigung der drei Länder einigen. Die Ordnung ihres künftigen Verhältnisses zu den beiden Staaten der Monarchie wird dann wohl leicht durch ein deutsch-magyarisches Einvernehmen erfolgen, an dem um so weniger zu zweifeln ist, als Deutsche und Magyaren nachgerade zu der Erkenntnis gekommen sind, daß sie nur gemeinsam die südslawische Frage lösen können, daß sie sie aber auch lösen müssen. dt.